

**Forschungsprojekt:
Zukunft der europäischen Zusammenarbeit in der Raumentwicklung**

**Arbeitspaket (AP) 1: Einordnung der europäischen
territorialen Zusammenarbeit und Raumentwicklungspolitik
in den breiteren Kontext der Raumentwicklung**

ERSTE AKTUALISIERUNG

Erste Ergänzung des AP1 Berichtes

Forschungsprogramm Modellvorhaben der Raumordnung (MORO),
ein Forschungsprogramm des BMVI

Projektlaufzeit

05. November 2016 bis 15. Dezember 2018

Aktenzeichen

10.05.06-16.1

im Auftrag

des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Auftragnehmer des Projektes

Radboud Universität Nijmegen
Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.
INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner

Autorin des vorliegenden Berichtes

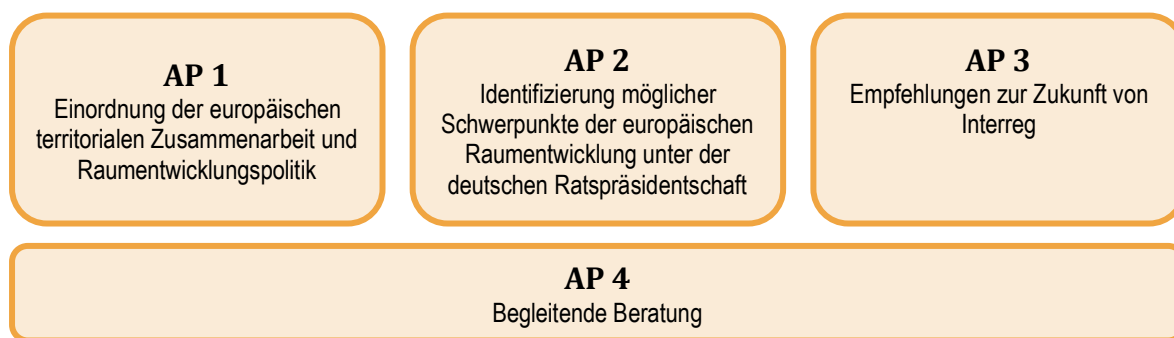
Prof. Dr. Stefanie Dühr
Radboud Universität Nijmegen, Niederlande
(stefanie.duehr@gmail.com)

November 2017

1. Einleitung

Das Ziel des MORO Forschungsprojektes ‚Zukunft der europäischen Zusammenarbeit in der Raumentwicklung‘ ist es, das BMVI und das BBSR bei der Vorbereitung der deutschen Ratspräsidentschaft und in der Diskussion um die nächste Strukturfondsperiode ab 2020 zu begleiten, sowie zur Entwicklung der deutschen Position durch Empfehlungen und Argumentationsgrundlagen beizutragen (siehe Abbildung 1). Der Blick liegt dabei sowohl auf der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in der Raumentwicklung als auch auf der Raumrelevanz der EU-Kohäsionspolitik und insbesondere der europäischen Territorialen Zusammenarbeit.

Abbildung 1: Arbeitspakete des MORO Projekts zur ‚Zukunft der europäischen Zusammenarbeit in der Raumentwicklung‘



Das vorliegende Papier stellt die erste Ergänzung zu dem Bericht zu Arbeitspaket 1 (AP1), der im Juni 2017 vorgelegt wurde, dar. Die zentrale Frage für die Ergänzungen, die in diesem Papier diskutiert werden, ist wie folgt:

- Was sind die wichtigsten Entwicklungen in den vergangenen sechs Monaten, und was sind die möglichen Auswirkungen dieser veränderten Rahmenbedingungen auf die EU Kohäsionspolitik und auf die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in der Raumentwicklung?

2. Entwicklungen auf EU Ebene und ihre möglichen Auswirkungen auf die europäische Raumentwicklung und territoriale Zusammenarbeit¹

2.1 Debatte zur Zukunft der Europäischen Union

Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen, sowie Meinungsverschiedenheiten zwischen den verbleibenden Mitgliedsstaaten zu wichtigen Themen wie Migration, Solidarität, und den Werten der EU haben Kommission-Präsident Juncker dazu veranlasst, eine Debatte zur Zukunft der EU anzustoßen. Im März 2017 wurde ein ‚Weißbuch zur Zukunft der EU der 27 Mitgliedsstaaten‘ (EC 2017a) vorgestellt, das fünf Szenarien unterscheidet. Diese sind: 1) „weiter wie bisher“; 2) Fokus auf den Binnenmarkt; 3) Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten; 4) „weniger, aber effizienter“; und 5) „viel mehr gemeinsam“. Die Szenarien würden sich unterschiedlich auf den EU-Haushalt und somit auch auf den Umfang der Kohäsionspolitik auswirken. Die möglichen räumlichen Auswirkungen der verschiedenen Ansätze werden jedoch nicht diskutiert im Weißbuch, obwohl erwartet werden kann, dass regionale Disparitäten in der EU sich unter den meisten Szenarien verstärken werden.

Begleitende ‚Reflexionspapiere‘ zum Weißbuch wurden zwischen April und Juni 2017 veröffentlicht. Diese Reflexionspapiere betreffen die sozialen Dimension Europas; die Möglichkeiten durch Globalisierung; die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion; die Zukunft der europäischen Verteidigung; und die Zukunft der EU-Finzen. Bis zur nächsten Europawahl 2019 sollen diese Themen in verschiedenen Foren diskutiert werden.

Im Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen (EC 2017b) wurde die Frage gestellt, ob die Kohäsionspolitik auch zukünftig außerhalb der weniger entwickelten Regionen und grenzüberschreitend investieren sollte, oder sich wieder auf den ursprünglichen engeren Auftrag des Ausgleichs regionaler Disparitäten zur Unterstützung des Binnenmarktes konzentrieren sollte. Es wird vorgeschlagen, die gesamte EU-Finanzierung fortan auf solche Themen zu konzentrieren, in denen der höchste EU-Mehrwert erzielt werden kann. Genannt werden soziale Inklusion, Beschäftigung, Kompetenzen, Forschung und Innovation, Klimawandel, Energie und eine umweltpolitische Wende als somit auch wichtige Schwerpunkte für die zukünftige Kohäsionspolitik. Das Reflexionspapier birgt mit diesen Themen das Risiko einer Fortschreibung der ‚räumlich-blinden‘ EU Investitionspolitik der vergangenen Jahre.

Auf Grundlage des Reflexionspapiers zur sozialen Dimension Europas (EC 2017c) wurde im November 2017 ein EU-Sozialgipfel in Göteborg abgehalten. Die EU-Staaten bekannten sich zu gemeinsamen sozialen Mindeststandards (u.a. faire Löhne, Hilfe bei Arbeitslosigkeit, angemessene Renten). Die Erklärung des Sozialgipfels² ist rechtlich unverbindlich und die Umsetzung der sozialen Mindeststandards somit die Aufgabe der EU Mitgliedsstaaten, was eine schnelle Angleichung der Sozialsysteme unwahrscheinlich macht. Der Anlass zu

¹ Für eine detaillierte Diskussion der Reflexionspapiere zur Zukunft der EU und seiner möglichen Auswirkungen auf die territoriale Zusammenarbeit wird auf den Projektbericht zu Leistungsbaustein 3.4 verwiesen.

²https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/social-summit-european-pillar-social-rights-booklet_en.pdf

Reflexionspapier und Gipfel waren die zunehmenden sozialen Ungleichheiten, innerhalb von Städten sowie zwischen urbanen und ländlichen Regionen. Während dies auch die Frage eines gleichwertigen Zugangs zu zentralen Diensten betrifft (im Sinne des territorialen Zusammenhaltes), lag der Schwerpunkt des Gipfels eindeutig auf ‚fair jobs and growth‘ ohne Berücksichtigung der räumlichen Dimension einer solchen sozialen Agenda für die EU.

2.2 Zukunft der EU Kohäsionspolitik

Der siebte Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission, ‚Meine Region, mein Europa, unsere Zukunft: Siebter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt‘, wurde im Oktober 2017 veröffentlicht (EC 2017d). Die langwierigen Brexit-Verhandlungen haben auch die Vorschläge zum mehrjährigen Finanzrahmen für 2021-2027 verzögert (nun erwartet für Frühjahr 2018) sowie für die Vorschläge zur Ausrichtung und Organisation der zukünftigen EU Kohäsionspolitik und den EU Verordnungen für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) (nun erwartet für Sommer 2018). Der Ausstieg des Vereinigten Königreichs (als Nettozahler) aus der EU wird vermutlich beträchtliche Auswirkungen auf den Haushalt der EU haben³, und erwartungsgemäß somit auch die finanzielle Ausstattung der Kohäsionspolitik post-2020 beeinflussen.

Als wichtige Herausforderungen für die Kohäsionsziele der EU werden im siebten Kohäsionsbericht anhaltende soziale und ökonomische Ungleichgewichte in der EU, Bevölkerungsalterung und Migration, Disparitäten bei Investitionen in Innovationen, Kompetenzen und Infrastruktur, und die Notwendigkeit einer durchgreifenden Verminderung von Treibhausemissionen (durch Verbesserungen in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und umweltverträglicher Verkehr) genannt. Die territoriale Dimension dieser Herausforderungen und der existierenden Disparitäten kann aus den zahlreichen NUTS2-Karten abgelesen werden, jedoch findet das Ziel des territorialen Zusammenhaltes bis auf die Frage des Zugangs zu Diensten und Infrastruktur in Grenzregionen in dem Bericht kaum Erwähnung. Dies liegt unter anderem daran, dass sich der Siebte Kohäsionsbericht in den Überlegungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik stark an das Reflexionspapier zur Zukunft der EU Finanzen anlehnt, welches im Sinne der Prioritäten der ‚Europa 2020-Strategie‘ zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung geschrieben wurde.

Bezüglich des geographischen Anwendungsbereichs betont der Kohäsionsbericht – hier als Reaktion auf das Reflexionspapier- dass die Herausforderungen durch Globalisierung, Migration, Armut, oder Klimawandel nicht nur weniger entwickelte Gebiete und Grenzregionen betreffen (die als Fokus im Reflexionspapier genannt werden), sondern für alle Regionen wichtige Aufgaben darstellen. Aus diesem Grunde sollte die Kohäsionspolitik auch in Zukunft Investitionen in allen Regionen und Bereichen, die einen europäischen Mehrwert beinhalten, fördern. Hinsichtlich der Investitionsprioritäten sollten die Möglichkeiten gemeinsamer öffentlicher Daseinsvorsorge sowie der Abbau von fehlenden Verbindungen in Grenzregionen

³ je nach den letztlich getroffenen Absprachen in den Brexit-Verhandlungen, siehe u.a. [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2017/608722/EPRS_BRI\(2017\)608722_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2017/608722/EPRS_BRI(2017)608722_EN.pdf)

(zum Beispiel im Verkehrsbereich) verstärkte Aufmerksamkeit erhalten. Weitere Aspekte, die dem Kohäsionsbericht zufolge in Zukunft stärkere Beachtung verdienen sind eine Verbesserung der Regierungsqualität, die Umsetzung von Strukturreformen und die Stärkung der Verwaltungskapazitäten. Es wird überlegt, die Verbindung mit der wirtschaftspolitischen Steuerung und dem Europäischen Semester zu intensivieren. Dies würde eventuell neue Ansätze erfordern, wie zum Beispiel eine verbesserte Koordinierung der verfügbaren Instrumente und eine verstärkte Einbeziehung der Kommission in das Management und die Umsetzung der EU Fonds. Wie bereits das Reflexionspapier (EC 2017b) schlägt auch der Kohäsionsbericht vor, die Auszahlung von Unionsmitteln künftig daran zu knüpfen, dass die Gesetzgebung und die Institutionen des jeweiligen Staates und seiner Regionen mit den gemeinsamen Werten der EU im Einklang stehen.

Auch sprechen sich der Kohäsionsbericht wie das Reflexionspapier für eine Verbesserung der Umsetzung der Kohäsionspolitik aus, zum Beispiel durch einheitliche Vorschriften für bestehende Fonds; ein einheitliches Regelwerk für die Kohäsionspolitik und andere Finanzierungsinstrumente um die Komplementarität von EU Programme zu erhöhen; eine Überarbeitung des Systems der Zuweisung von Finanzmitteln (indem Kriterien in Bezug auf die Herausforderungen, vor denen die EU steht, hinzugefügt werden); eine Anhebung der nationalen Kofinanzierung der Kohäsionspolitik um die Identifikation mit der Kohäsionspolitik zu stärken; sowie insgesamt eine Vereinfachung und Beschleunigung der Umsetzung. Konkrete Vorschläge für die zukünftige Kohäsionspolitik wird die Europäische Kommission nach der Annahme des vorgeschlagenen mehrjährigen Finanzrahmens vorlegen (d.h. voraussichtlich nach Mai 2018).

Einige dieser Vorschläge wurden bereits vom Rat bestätigt. In den Schlussfolgerungen des Rates („Allgemeine Angelegenheiten“) vom 15.11.2017⁴ zu ‚Synergien und Vereinfachung für die Kohäsionspolitik nach 2020‘ wird die Kommission aufgefordert, die Komplementaritäten und Überlappungen der verschiedenen EU Förderinstrumente zu untersuchen, um nach 2020 die Synergien zwischen ihnen zu erhöhen. In Zukunft sollen die ESI-Fonds sowie andere relevante EU Programme von Beginn an so definiert werden, dass Synergien, Kohärenz und Komplementaritäten sichergestellt werden. Eine weitere Harmonisierung und Vereinfachung von Regeln für EU Instrumente wird als wichtig erachtet, sowie bessere Unterstützung bei der Umsetzung der Programme. Ein gemeinsames Regelwerk, unabhängig vom Verwaltungsmodus, sollte für post-2020 in Betracht gezogen werden.

2.3 EU Makroregionale Strategien und EU Kohäsionspolitik / INTERREG

Auf Grundlage des Kommissions-Berichtes zur Umsetzung der vier makro-regionalen Strategien⁵ hat der Rat die Kommission im April 2017 dazu aufgefordert, deren Umsetzung zu unterstützen, u.a. hinsichtlich Monitoring, Evaluierung und

⁴<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/11/15/council-conclusions-on-synergies-and-simplification-for-cohesion-policy-post-2020/>

⁵http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/cooperate/macro_region_strategy/pdf/report_implem_macro_region_strategy_en.pdf

Kommunikation⁶. Die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung hat im vergangenen Jahr darüber hinaus eine Studie in Auftrag gegeben, die die Leistungsfähigkeit der makro-regionalen Strategien und die Möglichkeiten zur Integration verschiedener EU Förderprogramme zur Erreichung makro-regionaler Ziele analysieren sollte. Die Veröffentlichung dieser Studie zu ‚Macro-regional Strategies and their links with Cohesion Policy‘ (durchgeführt von COWI A/S und Partnern) wird in den kommenden Wochen erwartet. Die Studie betont den Mehrwert von makro-regionaler Kooperation aus Sicht der Akteure sowie auf Basis einer Bewertung der bisherigen Ergebnisse. Eine bessere Koordinierung von EU Fördermitteln (ein zentrales Ziel für die Makroregionalen Strategien) konnte bislang allerdings nicht erreicht werden, da bis auf die INTERREG B-Programme die ESI-Fonds und EU Programme auf nationale / regionale und größtenteils auch sektorale (thematische) Ziele orientiert sind und somit nur unter großem Aufwand für die integrierten Prioritäten und Projekte der EU makro-regionalen Strategien einsetzbar sind.

EU Makroregionale Strategien erfreuen sich weiterhin beachtlicher politischer Unterstützung, jedoch zeichnen sich zukünftige Änderungen ab, die auf eine bessere Umsetzung und eine schlankere Verwaltung abzielen⁷. Es wird diskutiert, dass EU Makro-regionale Strategien eine wichtige(re) Rolle in der EU Kohäsionspolitik 2021-2027 spielen sollen. So hat der Rat im April 2017 auf die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der ESI-Fonds und der EU makroregionalen Strategien hingewiesen, und schlug eine zukünftige bessere Verknüpfung mit den transnationalen INTERREG Programmen in den Gebieten mit einer makro-regionalen Strategie vor⁸.

EU makroregionale Strategien verfolgen bisher keinen ausgeprägt räumlich-integrierten Ansatz, sondern sind hinsichtlich ihrer Prioritäten hauptsächlich thematisch orientiert. Es ist darum wichtig, dem Ziel des territorialen Zusammenhaltes (sowie dem Einsatz raumplanerischer Instrumente) in der Diskussion zur Zukunft der EU Kohäsionspolitik und der EU makroregionalen Strategien einen zentralen Stellenwert zu geben. Andernfalls birgt eine enge Verzahnung der B-Programme mit den EU Makro-regionalen Strategien das Risiko, dass die transnationalen Programme ihren Eigenwert als Plattform für integrierte Raumentwicklung komplett verlieren und auf eine ‚Sekretariatsfunktion‘ für die makroregionalen Strategien, jedoch ohne explizite räumliche Ausrichtung, reduziert werden. Im Rahmen der zwischenstaatlichen Diskussion zur Fortführung der Territorialen Agenda (siehe Kapitel 3) wäre es sinnvoll, die Zukunft der transnationalen Kooperationsprogramme als mögliche Umsetzungsinstrumente der TA2020+ zu diskutieren und diese Instrumente somit wieder ein deutliches Profil zu geben.

⁶http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/cooperate/macro_region_strategy/pdf/concl_implementation_macro_region_strategy_en.pdf

⁷Council (2017) *Implementation of EU Macro-Regional Strategies - Council conclusions (25 April 2017)*. Available online:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/cooperate/macro_region_strategy/pdf/concl_implementation_macro_region_strategy_en.pdf

⁸Council (2017) *Implementation of EU Macro-Regional Strategies - Council conclusions (25 April 2017)*. Available online:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/cooperate/macro_region_strategy/pdf/concl_implementation_macro_region_strategy_en.pdf

3. Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in der Raumentwicklung

Das Trio der Ratspräsidentschaften Estland, Bulgarien und Österreich legte im August 2017 ihr 18-Monats-Programm bis Ende 2018 vor. Die Schwerpunkte sowohl der Territorialen Agenda 2020+ als auch der Urban Agenda wurden bestätigt, und das Ziel formuliert, die Verbindungen zwischen den beiden Prozessen zu stärken. Hierzu sind jedoch lediglich einzelne gemeinsame Treffen zwischen NTCCP und UDG (im September 2018) und zwischen DGUM und DGTC (im November 2018) vorgeschlagen.

Im Bereich der europäischen Stadtentwicklung liegt der Schwerpunkt auf der Umsetzung der Aktionsprogramme sowie der Fortführung der Urban Agenda. Im Bereich des Territorialen Zusammenhaltes setzt das Trio die folgenden Schwerpunkte:

- Abstimmung einer ‚Roadmap‘ und vorbereitenden Arbeiten (z.B. im Rahmen des ESPON Programmes) für die Territoriale Agenda post-2020
- Diskussion der Mitteilung der Kommission zu Hindernissen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
- Fokus auf Strategien für schrumpfende Städte und Regionen als Priorität unter estnischer Ratspräsidentschaft
- Fokus auf Instrumente zur Stärkung der polyzentralen Entwicklung und integrierter territorialer Entwicklung als Schwerpunkt unter der bulgarischen Ratspräsidentschaft
- Fokus auf effektive territoriale (und urbane) Governance als Schwerpunkt der österreichischen Ratspräsidentschaft
- Diskussion der ersten Ergebnisse des ‚Territorial Reference Framework for Europe‘, durchgeführt von ESPON (das Projekt wurde initiiert auf Grundlage der Entscheidung unter luxemburgischer Ratspräsidentschaft 2015, die TA2020 in den kommenden Jahren fortzuführen).

Unter estnischer Ratspräsidentschaft im Oktober 2017 wurde eine ‚Roadmap‘ für die Erneuerung der Territorialen Agenda vorgeschlagen. Die Ausgangspunkte für die Weiterführung der Territorialen Agenda werden wie folgt dargestellt:

- Das konzeptionelle Rahmenwerk der Territorialen Agenda 2020 weiterzuführen, da im Prinzip alle strategischen Herausforderungen und Prioritäten weiterhin als relevant angesehen werden
- Die territoriale Vielfalt und die verschiedenen Herausforderungen für die Entwicklung von Europas Regionen in der Raumentwicklungsstrategie für Europa berücksichtigen
- Einen Input für die territoriale Dimension und den place-based approach der EU Kohäsionspolitik post-2020 geben, sowie die Koordination räumlich relevanter EU Sektorpolitiken unterstützen
- Deutlich machen, wie das Ziel des territorialen Zusammenhalts in konkrete EU Ansätze übersetzt werden kann und einen Rahmen geben für konkrete Aktionen und erwartete konkrete Ergebnisse

- Eine Politikkohärenz mit der EU Urban Agenda erreichen, sowie
- Den Governance-Rahmen auf EU-Ebene für die Umsetzung der Territorialen Agenda weiter entwickeln.

Nicht allen Schwerpunkten werden in der Roadmap Aufmerksamkeit geschenkt. Der Zeitplan sieht vor, dass unter Bulgarischer Ratspräsidentschaft (I/2018) die strategischen Prioritäten für die TA post-2020 geklärt werden sollen, und die Governance-Arrangements unter der österreichischen Ratspräsidentschaft (II/2018). Die Schlüsselmaßnahmen und –Akteure, sowie der Kommunikationsplan für die TA Post-2020 sollen 2019 definiert werden (unter rumänischer und finnischer Ratspräsidentschaft). Ein erster Entwurf der TA post-2020 soll erwartungsgemäß Anfang 2020 (kroatische Ratspräsidentschaft) fertig sein, und das endgültige Dokument unter deutscher Ratspräsidentschaft (II/2020) angenommen werden.

Auf Grundlage der verfügbaren Unterlagen (18-Monats-Programm der Trio-Ratspräsidentschaft und Vorschlag der estnischen Präsidentschaft für eine Roadmap) ist es nicht möglich, zu beurteilen, ob der Zeitplan realistisch ist. Als Hauptquellen für die Erarbeitung der TA post-2020 werden der Siebte Kohäsionsbericht und das ESPON Projekt ‚Towards a Territorial Reference Framework for Europe 2050‘ angegeben. Da die Ergebnisse des letzteren noch nicht vorliegen, und somit auch die Ziele und Maßnahmen der neuen TA noch nicht feststehen, steht zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest inwiefern das neue Dokument lediglich eine Fortschreibung der bisherigen TA2020 sein wird oder tatsächlich eine neue Agenda für den territorialen Zusammenhalt in Europa aufzeigen können. Da jedoch die schwachen Ergebnisse der TAEU und der TA2020 mit dem Hinweis auf das Fehlen passender Umsetzungsinstrumente und den unzureichenden Verbindungen zu ‚bindenden‘ räumlichen EU Politiken erklärt wurden, ist es überraschend, dass der Entwicklung eines Aktionsprogrammes, der Diskussion effektiver Umsetzungsinstrumenten sowie Koordinationsmechanismen mit u.a. den Akteuren der Kohäsionspolitik in den vorliegenden Dokumenten und dem Zeitplan der Roadmap kaum Aufmerksamkeit gewidmet wird.

4. Zusammenfassung und Diskussion

Durch Verzögerungen in den Brexit-Verhandlungen und auch zum Teil aufreibende nationale politische Entwicklungen in verschiedenen EU Mitgliedsstaaten sind die Vorschläge für die Zukunft der EU Kohäsionspolitik und andere wichtige Rahmenbedingungen für die Zukunft der europäischen Raumentwicklung und der territorialen Zusammenarbeit in den vergangenen sechs Monaten nicht entscheidend deutlicher geworden.

Was sich bisher abzeichnet sind mögliche thematische Schwerpunkte für die Kohäsionspolitik, welche Klimawandel, Energie, Verkehr, Migration, Alterung, und soziale Kohäsion umfassen. Auch gibt es viele Rufe nach einer Vereinfachung und größeren Flexibilität in der Kohäsionspolitik 2021-2027 und einer besseren Koordination der verschiedenen Fonds und Programme. Gleichzeitig wird eine stärkere Integration der Kohäsionspolitik mit dem Europäischen Semester diskutiert,

was jedoch anderen Aspekten wie Vereinfachung und Flexibilität im Weg stehen könnte.

Aus Sicht der europäischen Raumentwicklung und der Zukunft der territorialen Zusammenarbeit sollten jedoch die Anzeichen, dass die räumlich-blinde EU-Investitionspolitik fortgeschrieben werden könnte, die wohl größten Bedenken hervorrufen. Die Diskussionen zur Zukunft der EU, der Investitionspolitik der EU (EFSI / Juncker Plan), sowie der Zukunft der EU Kohäsionspolitik zeigen, dass die territoriale Dimension von EU Politiken und das Ziel des territorialen Zusammenhaltes nach wie vor kaum Beachtung erhält. Eine Korrektur dieses weitgehend räumlich-blinden Ansatzes der EU-Politik wird eine wichtige Aufgabe für die Mitgliedsstaaten und die EU Institutionen sein, um u.a. wichtige Herausforderungen für Europa (Klimawandel, Migration, Energiepolitik etc.) in Zukunft regionsspezifisch und somit effizienter bearbeiten zu können. Insbesondere die Ausrichtung der zukünftigen EU Kohäsionspolitik auf räumlich-integrierte Ansätze würde einen wichtigen Fortschritt bedeuten, und könnte u.a. die verpassten Chance der vergangenen Programmperioden in dieser Beziehung beginnen zu korrigieren. Hier könnte neben den Grenzregionen (deren Rolle bei der Bereitstellung gemeinsamer Dienste immerhin im Siebten Kohäsionsbericht Berücksichtigung findet) auch den transnationalen Räumen (die im Kohäsionsbericht kaum erwähnt werden) eine besondere Rolle zukommen, zum Beispiel als Umsetzungsinstrumente für die ‚Territoriale Agenda 2020+‘.

Diese Agenda, deren Fortschreibung derzeit von den Ratspräsidentenschaften erarbeitet wird, könnte somit hinsichtlich zwei zentraler Aspekte gestärkt werden, bei denen bisher wenig Fortschritte gemacht wurden. Dies ist zum einen die Frage der Umsetzung der TA (und passender Instrumente), und zum anderen die engere Verknüpfung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit mit den Zielen, Prozessen und Akteuren der Kohäsionspolitik. Vor allem die transnationalen ‚B‘-Programme der europäischen territorialen Zusammenarbeit könnte in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zukommen, und durch einen expliziten raumordnerischen Ansatz auch die Komplementarität und Synergien mit den EU Makro-regionalen Strategien gestärkt werden. Letztere erfahren weiterhin viel politische Unterstützung und es ist anzunehmen, dass ihre weitere Umsetzung auch mit Hilfe der Kohäsionspolitik 2021-2027 erreicht werden sollen, nicht zuletzt durch eine vermutlich engere Verzahnung der transnationalen Interreg-Programme mit den EU Makro-regionalen Strategien. Wichtige Akteure für entsprechende Vorschläge zu einer zukünftigen territorialen (statt räumlich-blinden) Kohäsionspolitik sind die Europäische Kommission und das Parlament, um den Rat durch Argumente und Evidenz vom Nutzen und Mehrwert eines solchen Ansatzes zu überzeugen.

Literaturverzeichnis

Council (2017) *Implementation of EU Macro-Regional Strategies - Council conclusions (25 April 2017)*. Available online:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/cooperate/macro_region_strategy/pdf/conncl_implementation_macro_region_strategy_en.pdf

EC Europäische Kommission (2017a) *White Paper on the Future of Europe. Reflections and Scenarios for the EU27 by 2025*. Brüssel: Europäische Kommission (https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/whitepaper_en.pdf)

EC Europäische Kommission (2017b) *Reflection Paper on the Future of EU Finances*. Brüssel: Europäische Kommission (https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-eu-finances_en.pdf)

EC Europäische Kommission (2017c) *Reflection Paper on the social dimension of Europe*. Brüssel: Europäische Kommission (https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-social-dimension-europe_en.pdf)

EC Europäische Kommission (2017d) *My Region, my Europe, our future. Seventh Report on Economic, Social and Territorial Cohesion*. Brüssel: Europäische Kommission (http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion7/7cr.pdf)